



REPUBLIK ÖSTERREICH
Der Bundesminister für Verkehr

Pr.Zl. 5901/11-1-1984

II-1679 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

709 IAB

1984 -06- 2 9

zu 699 IJ

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der
Abg. Strache und Genossen vom 2.5.1984,
Nr. 699/J-NR/1984, "Einbeziehung von
Bussen in den Verkehrsverbund"

Ihre Anfrage beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Die Einbeziehung der Busse in den Verkehrsverbund ist der beabsichtigte und wünschenswerte "zweite Schritt" zum Verkehrsverbund-Ost. Für den Bund liegt dazu seit langem die Erklärung vor, 50% des Durchtarifizierungsverlustes auch für Busse zu übernehmen. Die Übernahme der anderen 50 % des Durchtarifizierungsverlustes hätte durch die Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland zu erfolgen und ist somit eine wesentliche Vorfrage, deren Lösung der Verkehrsminister nicht zu beeinflussen und nicht zeitlich zu bestimmen vermag. Jedenfalls wird bei dieser Entscheidung auf inzwischen gesammelte Erfahrungen aus dem Schienenverbund und die festgelegte Verteilung nach einem Platzkilometerschlüssel Bedacht zu nehmen sein. Dies und die Ergebnisse der vorzunehmenden Verkehrs- und Streckenanalysen lassen eine deutliche Verlagerung innerhalb der 50%igen Bundesländerquote des Durchtarifizierungsverlustes der Buslinien erwarten.

- 2 -

Zu Frage 2:

Wie schon unter Frage 1 ausgeführt, können konkrete Aussagen darüber ob und welche Linien in den Verkehrsverbund aufgenommen werden erst gemacht werden, wenn die entsprechenden Untersuchungen abgeschlossen sind und Einmütigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften und Verkehrsunternehmen besteht.

Zu Frage 3:

Ob und in welcher Form die Tarife der Kraftfahrlinien gegenüber den derzeitigen grundsätzlich für das gesamte Bundesgebiet geltenden Tarifen neu geregelt werden, wird sich nach den Anträgen der betreffenden Unternehmen und dem Ergebnis des darüber abzuwickelnden Verfahrens aufgrund des Kraftfahrliniengesetzes 1952 (BGBl.Nr. 84/1952) richten.

Wien, am 27. Juni 1984

Der Bundesminister

